
Für Sie in Berlin!

**Markus Grübel MdB berichtet
aus dem Deutschen Bundestag**



Themen der Woche

- 1. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin**
- 2. Gesetz zur Tarifeinheit**
- 3. Gespräch mit Schülern vom Theodor-Heuss-Gymnasium**
- 4. BPA-Fahrt 2015**

1. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin

In dieser Sitzungswoche gab Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Regierungserklärung ab zu den bevorstehenden drei Gipfeltreffen zur Östlichen Nachbarschaft der EU am 21./22. Mai 2015 in Riga, zur Zusammenarbeit im Rahmen der G7 am 7./8. Juni 2015 in Elmau sowie zur Partnerschaft mit Lateinamerika am 10./11. Juni 2015 in Brüssel ab.

Die Kanzlerin ging dabei auf die Erwartungen der Ukraine und Georgiens auf einen EU-Beitritt ein und hob hervor, dass wir keine falschen Erwartungen wecken sollten, die wir dann später nicht erfüllen können! Auch hinsichtlich Visaerleichterungen müssen zunächst alle Voraussetzungen erfüllt sein. Vor

Jahresende werde darüber noch keine Entscheidung fallen, erklärte die Kanzlerin.

Zugleich sicherte Merkel zu, dass die EU die ehemaligen Sowjetrepubliken Ukraine, Georgien, Moldau, Weißrussland, Armenien und Aserbaidschan in ihrer Entwicklung hin zu demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaften weiterhin unterstützen werde. Die mit Georgien, der Ukraine und Moldau abgeschlossenen Assoziierungsabkommen würden bis zum endgültigen Inkrafttreten nach vollständiger Ratifikation durch alle EU-Mitgliedstaaten bereits

Die Annäherung der Partnerländer an die Europäische Union einerseits und der Wunsch Russlands nach einer engeren Kooperation

mit diesen Ländern andererseits stünden in keinem Widerspruch. Die Europäische Union sei deshalb auch bereit, mit Russland über Sorgen, etwa beim Thema Handel, zu reden. Es bleibe jedoch die souveräne Entscheidung der Staaten, wenn sie sich an die EU annähern wollten, machte sie klar.

Der Gipfel der führenden Industrienationen am 7. und 8. Juni im bayrischen Elmau wird wie bereits im vergangenen Jahr im Format der G7, also ohne Russland, stattfinden. Solange Russland seine bestehende Haltung gegenüber der Ukraine nicht ändern wird, ist eine Rückkehr zum Format der G8 nicht vorgesehen.

Beim G7-Gipfel werden wichtige Themen wie Weltwirtschaft, Handel, Energie, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Entwicklung besprochen. Deutsche Schwerpunkte im Rahmen der G7-Präsidentschaft sollen auf den Themen Gesundheit, Frauen, Umwelt und auf der Stärkung sozialer und ökologischer Standards in Lieferketten liegen. Laufende G7-Prozesse werden fortgesetzt, vor allem auch die Post-2015-Agenda zur Armutsreduzierung und zur nachhaltigen Entwicklung. Als weitere Themen sind der internationale Terrorismus, der sogenannte Islamische Staat, die Lage in der Ukraine, die Sicherheit in Afrika und auf hoher See angedacht.

2. Gesetz zur Tarifeinheit

Heute haben wir im Bundestag den Gesetzentwurf zur Tarifeinheit im Plenum des Bundestages verabschiedet. Mit diesem Gesetz soll die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie dauerhaft gewährleistet werden.

Dabei sind verschiedene Konfliktlösungsstufen vorgesehen: Von dem Fall, dass Gewerkschaften selbstständig eine Vereinbarung über eine Tarifpluralität treffen, über die Bildung von Tarifgemeinschaften, bis hin zur Einführung des Mehrheitsprinzips. Letzteres gilt nur für Fälle, in denen keine Einigung bei überschneidenden Tarifverträgen erzielt wird. Hier gilt künftig der Vertrag derjenigen Gewerkschaft, der die größte Akzeptanz in einem Betrieb hat.

Eines ist aber klar, dass die verfassungsmäßig geschützten Rechte der Minderheitsgewerkschaften gewahrt bleiben müssen! Ebenso gilt es zu beachten: Arbeitskämpfe müssen verhältnismäßig bleiben. Darüber wird im Einzelfall auch weiterhin durch die Arbeitsgerichte entschieden werden.

Es geht vielmehr darum, dass das solidarische Miteinander der Arbeitnehmerschaft gestärkt werden soll. Zusätzlich wird einer Zersplitterung der Arbeitnehmervertretung in einem Betrieb entgegengewirkt. Gewerkschaften stehen zwar miteinander in Konkurrenz, jedoch ist es für den Betriebsfrieden unverzichtbar, dass sie ihr Vorgehen miteinander abstimmen.

Es kann nicht sein, dass einzelne Gewerkschaften ihre eigenen Belange – auf Kosten anderer Kollegen – durchsetzen möchten. Die dauerhaften Tarifverhandlungen und Arbeitskämpfe der Lokführer sind hierfür ein Beispiel. Sie zeigen, wie gravierend die Folgen für unsere Wirtschaft sowie das öffentliche Leben infolge eines Streiks sein können. Wir alle konnten diese Woche wieder einmal spüren, wie stark unser Alltag von dem Streik einer Gewerkschaft beeinträchtigt werden kann.

Was das Gesetz zu Tarifeinheit betrifft, steht bereits heute eines fest: Wir können damit nicht alle Probleme lösen. Daher ist es wichtig, dass nach einem gewissen Zeitraum überprüft wird, ob das sich Gesetz als wirksames Mittel in der Praxis bewährt hat.

Der Betriebsfrieden hat uns in der Bundesrepublik eine jahrzehntelange und vorbildlich funktionierende Sozialpartnerschaft gebracht. Der Wert einer funktionierenden Sozialpartnerschaft ist ein Markenzeichen in Deutschland. Es gibt andere Staaten, die uns dafür beneiden haben. In der aktuellen Situation ist es daher wichtig, dass wir eine gute Lösung finden, die für alle Beteiligten verträglich ist.

3. Gespräch mit Schülern vom Theodor-Heuss-Gymnasium

In dieser Sitzungswoche wollte ich gemeinsam mit einem Abgeordneten der Linken eine Diskussionsrunde mit den Schülern des Theodor-Heuss-Gymnasiums führen. Ich meine, dass es für junge Menschen ganz besonders spannend ist, wenn sie sich einmal mit divergierenden Positionen befassen und über diese reflektieren müssen.

Leider konnte der Kollege der Linken den Termin nicht wahrnehmen. Sein Mitarbeiter vertrat ihn dann in der Gesprächsrunde. Somit konnten sich die Schüler trotzdem ein Bild von den unterschiedlichen politischen Auffassungen, die im Gespräch vor allem hinsichtlich der Rolle unserer Streitkräfte und den Umgang mit dem Bahnstreik in dieser Woche auftraten, machen.



Markus Grübel mit Schülerinnen und Schülern des Theodor-Heuss-Gymnasiums

4. BPA-Fahrt 2015

Meiner Einladung zu einem Besuch nach Berlin sind in diesem Jahr wieder viele politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Esslingen gefolgt. Ich habe mich sehr gefreut, die vielen Ehrenamtlichen des THW Ostfildern, der Freiwilligen Feuerwehr Ostfildern, der AMSEL-Kontaktgruppe Wernau und der Pflegeberatung Esslingen in Berlin begrüßen zu dürfen. Sie waren zusammen mit jungen Teilnehmern des Wettbewerbs „Jugend debattiert“ und weiteren politikinteressierten Bürgern als Anerkennung für ihr langjähriges, ehrenamtliches Engagement und ihr politisches Interesse, Teilnehmer der Berlinfahrt. Sie opfern einen großen Teil ihrer Freizeit für die Gemeinschaftsaufgaben und leisten mit ihrer freiwilligen Arbeit einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Während ihres Aufenthalts in Deutschland wurde den Teilnehmer ein interessantes und umfangreiches Programm geboten. Dazu zählte eine Besichtigung des ehemaligen Stasi-Gefängnisses Berlin Hohen Schönhausen und eine Führung durch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, die an den 20. Juli 1944 erinnert.

Zum Abschluss der dreitägigen Informationsfahrt empfing ich die Gruppe noch zu einem Gespräch im Bundestag. Dabei hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, mit mir

über aktuelle politische Themen zu diskutieren. Für mich ist es immer spannend zu erfahren, welche Themen den Menschen besonders wichtig sind!

In der Diskussion ging es dann vor allem um die aktuellen Fragen im Zusammenhang mit dem Gewehr G36, der Entwicklung des Russland-Ukraine-Konflikts sowie die Gewalttaten von Boko Haram in Nigeria und den ISIS-Terror. Außerdem sprachen wir über die aktuelle Flüchtlingssituation auf dem Mittelmeer und diskutierten darüber, wie wir damit umgehen sollten!



Markus Grübel mit den Teilnehmern der BPA-Fahrt 2015